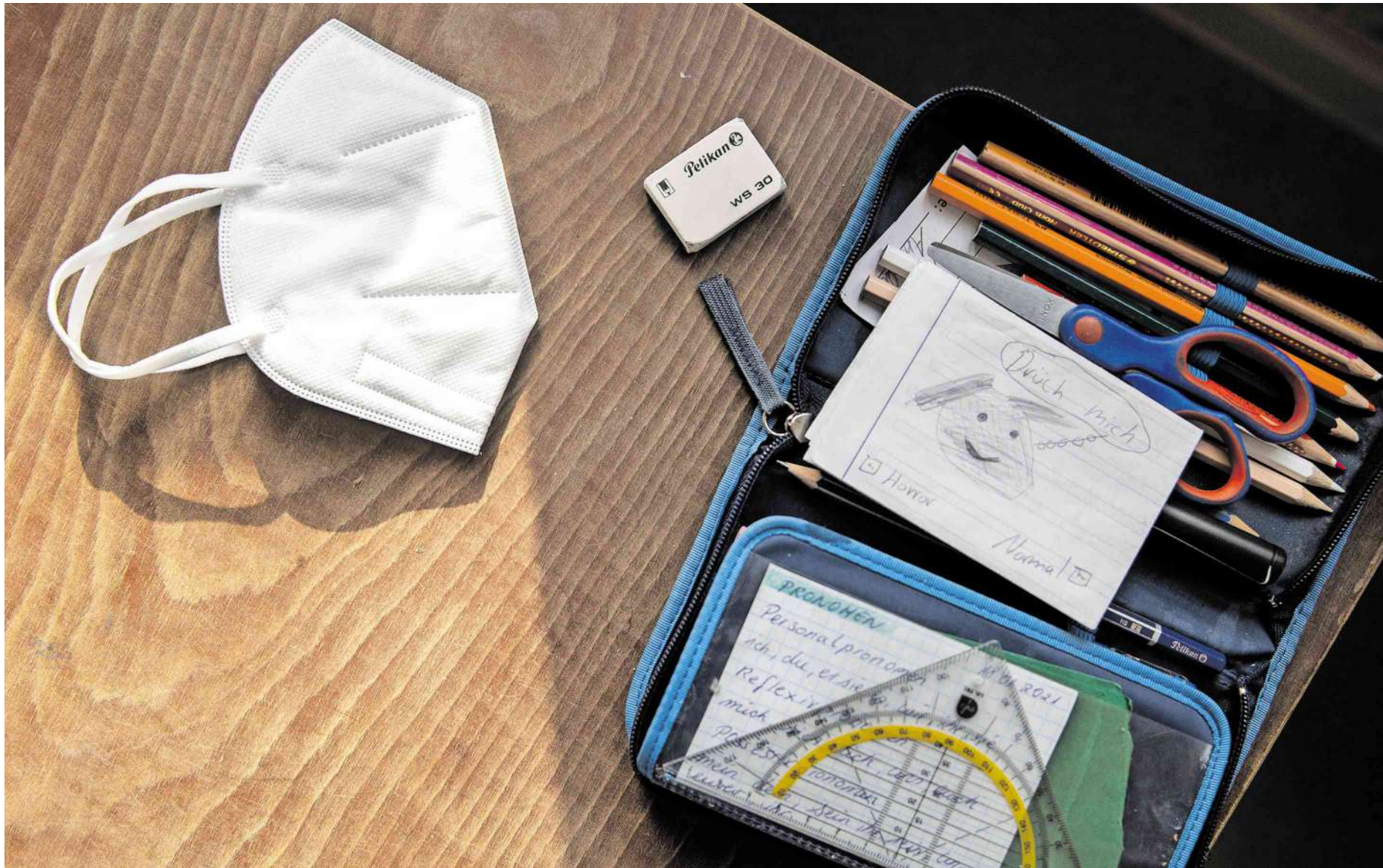


Lufthansa setzt auf Erholung bis 2024

FRANKFURT Die Lufthansa will nach der Corona-Krise wieder ähnlich profitabel werden wie in ihrem Rekordjahr 2017. „Jetzt ist es Zeit, mit Zuversicht nach vorne zu schauen“, sagte Lufthansa-Chef Carsten Spohr am Dienstag in Frankfurt bei der Vorstellung der mittelfristigen Ziele. Das Unternehmen wechselt vom Krisen- in den Transformationsmodus.

Die Fluggesellschaft hatte am späten Montagabend überraschend hohe Ziele für das Jahr 2024 veröffentlicht, wenn sich der Luftverkehr weitgehend von dem Einbruch im Zuge der Pandemie erholt haben soll. Dank der Fortschritte bei den Impfkampagnen und der fallenden Reisebeschränkungen sind die Buchungszahlen für diesen Sommer zuletzt kräftig gestiegen. Lufthansa hatte bereits angekündigt, bis zu 50 zusätzliche Flugzeuge zu reaktivieren. Im Sommer 2023 will der Konzern etwa 650 Maschinen in Betrieb haben. Vor der Krise waren es rund 800.

Um ihre geschäftlichen Ziele zu erreichen, will die Lufthansa ihre Kosten bis 2024 im Vergleich zu 2019 um etwa 3,5 Milliarden Euro senken. Die Hälfte davon soll bis Ende dieses Jahres erreicht sein. Kosten will Lufthansa durch Personalabbau, aber auch durch zunehmende Digitalisierung und durch die Modernisierung der Flugzeugflotte mit neuen Maschinen sparen, die weniger Treibstoff verbrauchen.



Masken und Mäppchen: Hessens Kultusminister denkt über die Lockerung der Maskenpflicht an Schulen nach.

Foto: Lucas Bäuml



In der Mitte

Von Manfred Köhler

Grundsätzlich möchte Hessen nach einem alten Slogan immer gern „vorn“ sein, aber manchmal ist es auch richtig, sich in der Mitte zu bewegen. Bei der Grundsteuer zeichnet sich für dieses Bundesland ein solcher Mittelweg ab, und es muss in diesem Fall nicht der schlechteste sein.

Die Grundsteuer, die jeder zahlt, entweder als Bewohner einer eigenen Immobilie oder als Mieter, muss nach einer Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt werden. Das ist leicht nachzuvollziehen, denn die heutigen Berechnungsgrundlagen sind viele Jahrzehnte alt, aber es ist schwer zu verwirklichen. Denn wie hoch ist der Wert eines Grundstücks und einer Immobilie?

Das Bundesfinanzministerium hat ein Modell entwickelt, das mit der Berücksichtigung der Fläche, des Bodenrichtwerts, des Gebäudealters und einer durchschnittlichen Miete schon an sich überkomplex ist. Dass dafür bei selbstgenutzten Immobilien teilweise fiktive Mieten berechnet werden sollen, zeigt endgültig, wie wenig das Konstrukt aus Berlin geeignet ist.

Davon bleiben die Hessen jedoch verschont. Die Landesregierung nutzt eine Öffnungsklausel bei der Neuregelung der Grundsteuer und hat am Montag einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach in diesem Bundesland allein Fläche und Bodenrichtwert eine Rolle spielen sollen. Dass die Kammern und Wirtschaftsverbände ein noch einfacheres Modell fordern, das ausschließlich auf die Fläche abstellt, ist legitim, es hätte den Charme größter Einfachheit bei der Berechnung. Doch lässt sich vertreten, dass die Bodenrichtwerte ebenfalls herangezogen werden, um Grundstücke in guten Lagen höher zu besteuern als andere.

Abgerechnet wird allerdings erst am Schluss. Mit der Grundsteuer in ihrer heutigen Form haben sich die Bürger abgefunden, sie ist ihr wichtigster Beitrag zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur, die sie Tag für Tag nutzen. Schon an die Schwüre, dass die Steuerreform insgesamt nicht zu einem höheren Aufkommen führen soll, wird man Kämmerer, die stets unter Geldmangel zu leiden meinen, erinnern müssen. Wenn es am Ende bei einer Vielzahl von Immobilien zu einer signifikanten Mehrbelastung kommt, wird der Zorn der Steuerzahler groß sein. In der Landesregierung mag man sich still freuen, dass sich der Ärger der einst eher gegen die Kommunen richten wird, die die Hebesätze festlegen, als gegen den Gesetzgeber.

Kritik an Plänen für Grundsteuer

FRANKFURT Der Verband der Familienunternehmer in Hessen hat sich dafür ausgesprochen, bei der künftigen Berechnung der Grundsteuer allein die Fläche als Maßstab heranzuziehen. Es sei zwar zu loben, dass die Hessische Landesregierung nicht das „überflüssige Parameter“ Modell des Bundesfinanzministeriums übernehme, äußerte Dirk Martin, der Landesvorsitzende des Verbands. Das am Montag vom hessischen Finanzminister Michael Boddenberg (CDU) für dieses Bundesland vorgestellte Berechnungsmodell beziehe jedoch „überflüssige Parameter“ wie die Lage des Grundstücks ein. Das bedeute einen hohen Aufwand für die Behörden. Zudem sei nicht gesichert, dass das Steueraufkommen in der Summe durch die Umstellung langfristig konstant bleibe. Der Wirtschaftsstandort Hessen benötige ein „einfaches und bürokratiearmes Grundsteuermodell, das für Unternehmen und Finanzverwaltung möglichst wenig Umstellungsaufwand mit sich bringt“. Das sei allein beim reinen Flächenmodell so. mak.

Lorz lockert Maskenpflicht auf Pausenhof

WIESBADEN Der hessische Kultusminister kündigt Präsenzunterricht im nächsten Jahr an, unabhängig vom Impfstatus der Schüler.

Von Robert Maus

Hessens Schüler können zumindest im Freien schon bald aufatmen, denn Kultusminister Alexander Lorz (CDU) hat am Dienstag im Hessischen Landtag angekündigt, sich für eine Aufhebung der Maskenpflicht im Freien an Hessens Schulen einsetzen zu wollen. Am 28. Juni läuft die derzeit geltende Corona-Verordnung des Landes aus. Lorz kündigte im Rahmen seiner Regierungserklärung zur Situation an den Schulen an, sich zuvor im Kabinett für das Ende der Maskenpflicht starkmachen zu wollen, er gehe davon aus, dass dies auch so beschlossen werde. Ob die Pflicht zum Tragen einer Maske während des Unterrichts bestehen bleibe, werde sich zeigen. Auch wenn er als Kultusminister sich ein Ende dieser Maßnahmen wünsche, riet er doch zur Besonnenheit. Erst seit fünf Tagen seien wieder alle hessischen Schulen im Regelbetrieb. „Diese Errungenschaft dürfen wir nicht voreilig riskieren“, sagte Lorz. Nach Auskunft des Kultusministeriums soll eine weitere Erleichterung für Schüler sofort gelten: Wenn die Kinder Hitzefrei haben und der Unterricht ins Freie verlegt wird, dürfen die Schulleiter entscheiden, dass beim Unterricht unter freiem Himmel keine Maske getragen werden muss.

Der Kultusminister kündigte zudem an, dass es seine Absicht sei, das neue Schuljahr landesweit und in allen Schulformen im täglichen Präsenzunterricht zu beginnen. Einen entsprechenden Beschluss habe die Kultusministerkonferenz Ende vergangener Woche gefasst, so Lorz weiter. Der reguläre Schulbetrieb ohne Einschränkungen bei Schulfächern und Unterrichtsstoff solle für die Schüler unabhängig davon angeboten werden, ob diese geimpft seien oder nicht. Die Hygienemaßnahmen und auch die Tests sollen im neuen Schuljahr fortgesetzt werden. Der Präsenzunterricht, so stellte Lorz klar, sei für ihn die zentrale Voraussetzung dafür, um die vielen geplanten Un-

terstützungsmaßnahmen für Hessens Schüler zielgerichtet und wirksam einsetzen zu können.

75 Millionen Euro habe die Landesregierung den Kommunen für die Schulen zur Verfügung gestellt, von denen bisher rund 45 Millionen Euro ausgezahlt wurden. Dieses Geld wurde unter anderem für Lüftungssysteme, CO₂-Ampeln und mobile Luftreinigungssysteme verwendet. Für bauliche Maßnahmen stehen laut Lorz noch rund 30 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere 150 Millionen Euro stehen laut Lorz für das Aufholen pandemiebedingter Lernrückstände zur Verfügung.

Für ihn stelle sich nun die zentrale Frage, wie Hessens Schüler so unterstützt

werden könnten, dass sie ihr Leistungsvermögen wieder voll zum Einsatz bringen können. Der Kultusminister rief ein „Schuljahr des Aufholens“ aus, das sich jedoch nicht auf fachliche Inhalte beschränken dürfe. Nötig sei ein Maßnahmenpaket, das auch psychosoziale Aspekte beinhalte und Phänomene wie Bewegungsmangel und fehlende soziale Kontakte kompensiere. Daher würden für die Lehrer Fortbildungen angeboten, um sie für den Umgang mit psychischen Erkrankungen bei Kindern zu sensibilisieren. Zudem habe die Landesregierung bereits ein Förderprogramm für Hessens Schulen aufgelegt, das mit dem Corona-Aufholprogramm der Bundesregierung verzahnt werden könne. Unter dem Motto

„Löwenstark – der Bildungskick“ soll ein Netzwerk mit externen Kooperationspartnern wie Stiftungen, Sportvereinen und Verbänden geknüpft werden. Koordiniert wird das Netzwerk im Kultusministerium, das dafür eigens eine neue Stabsstelle einrichtet. Die Erfahrungen aus dem Distanzunterricht sollen künftig genutzt werden, um die Unterrichtsgestaltung zu bereichern. Dazu zählen laut Lorz etwa die Erweiterung des Unterrichts durch hybride Lernformen, der Einsatz des hessischen Schulportals und digitale Diagnostikwerkzeuge. Lehrer sollen die Fähigkeit vermittelt bekommen, digitale Lernformen einzusetzen. Er kündigte zudem an, weitere Maßnahmen zur Deutschförderung aufzulegen.

Kritik an Lorz äußerte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen. Lorz trage die Verantwortung dafür, dass die Schulen für 243 000 Schüler seit Dezember fast ein halbes Jahr geschlossen gewesen seien. Die Pandemie habe wie ein Brennglas gewirkt und allen vor Augen geführt, wie stark Hessen bei der Digitalisierung hinterherhinkte, so Degen weiter. Kritik kam auch von der Linken. „Ein paar lauwarmer Worte für völlig überlastete Lehrkräfte und Schulleitungen, eine große Portion Eigenlob und eine Menge Fragezeichen – viel mehr steckt nicht in dieser Regierungserklärung“, kritisierte die bildungspolitische Sprecherin Elisabeth Kula.

Die AfD warnte davor, dass es im Herbst mit einem Steigen der Inzidenzzahlen zu neuen Schulschließungen kommen werde. Die Landesregierung habe mit den Schulschließungen unverhältnismäßig gehandelt. Die AfD forderte ein Ende der Maskenpflicht an Hessens Schulen. Dahingegen sprach sich der bildungspolitische Sprecher der Grünen, Daniel May, dafür aus, weiter vorsichtig zu sein. „Die Corona-Regeln wie Maskenpflicht im Schulgebäude oder Testpflicht sichern die Öffnungen im Bereich der Schulen ab“, sagte May.

Fast eine halbe Million Fachkräfte zu wenig

RHEIN-MAIN Kammern prognostizieren für 2035 eklatanten Mangel an Personal – auch in der Luftfahrt

Wer Käse macht, macht im Wortsinn keinen Unfug, sondern stellt ein Lebensmittel her und hat das ordentlich gelernt. Käser sind gesucht. Der Kapellenhof in der Wetterau, der seine Bio-Schafmilch selbst verarbeitet, braucht dringend Verstärkung. „Der Markt ist leergefegt“, sagt Betriebsleiter Pascal Kühle. Deutschlandweit werde nach Käsern gesucht, und selbst die Einschränkung, dass neue Mitarbeiter angelernt werden könnten, habe bisher wenig genutzt. Was wie ein sehr spezielles Problem klingt, ist schon jetzt ein weitaus größeres. Auch die Gastronomie beispielsweise beklagt, dass der Personalmangel manchem die Freude an Öffnungen mit dem Abklingen der Pandemie verhaseln könne. Und auch ein erfolgreicher Notar berichtet von den großen Anstrengungen, die er unternehmen müsse, um Mitarbeiter zu finden.

Andere Branchen haben schon seit vielen Jahren Schwierigkeiten, Stellen zu be-

setzen. Und Besserung ist nicht in Sicht, im Gegenteil. Nach der am Dienstag veröffentlichten Prognose des Hessischen Industrie- und Handelskammertages (HIHK) werden bis zum Jahr 2035 in diesem Bundesland 495 000 Fachkräfte fehlen. Der Mangel entstehe vor allem wegen der demografischen Entwicklung und sei ein großes Risiko für die hessische Wirtschaft. Aktuell fehlten in den Betrieben coronabedingt nur rund 5000 Fachkräfte. „Die Corona-Pandemie senkt die Nachfrage nach Fachkräften nur kurzfristig“, so HIHK-Präsident Eberhard Flammer. Derzeit stehe für Hessens Betriebe das Halten des Personals im Vordergrund. Mittel- und langfristig aber werde „die Demografie-Keule zuschlagen und Hessens Wirtschaft einen massiven Fachkräftemangel bescheren“, so Flammer.

Dass das Angebot an Fachkräften in den nächsten Jahren um 29 Prozent zu-

ernsthaft. „Fast eine halbe Million Arbeitskräfte könnten in einem Land mit gut sechs Millionen Einwohnern fehlen, das ist eine Gefahr für Wertschöpfung und Wohlstand in Hessen“, sagt Flammer weiter.

Dabei geht es vor allem um qualifizierte Arbeitskräfte. Sie werden der Studie zufolge 2035 etwa 90 Prozent der Fachkräftelücke ausmachen. Während vor allem in der Pflege, im Gesundheits- und im Erziehungswesen schon jetzt die Nachfrage nach geschultem Personal das Angebot übersteigt, weitet sich das Spektrum in Zukunft noch aus. Betroffen seien dann vor allem technische und kaufmännische Berufe, etwa in der Produktion, Mechatronik, Automatisierung und im Maschinenbau. Die Engpässe sind nach der Prognose in allen Regionen Hessens zu erwarten und keineswegs nur ein Problem der Metropolen. Zu den sogenannten Engpassbranchen der Zukunft zählt die Unters-

chung nach beratenden und Wirtschaftsdienstleistungen auch die Luftfahrt sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Auch Laborbetreiber haben kürzlich einen Mangel an Nachwuchs beklagt und werben derzeit um Aufmerksamkeit.

Das mache eine landesweites und koordinierte Vorgehensweise nötig. „Bereits im nächsten Jahr wird der Fachkräftebedarf wieder deutlich anziehen“, sagt Flammer und setzt hinzu: „Jede Stärkung der dualen Ausbildung, jedes Werben für berufliche Orientierung ist wichtig.“ Die Landesregierung und das Bündnis für Ausbildung, an dem die Kammern mitwirken, hätten zwar schon gute Programme, doch das reiche noch nicht, auch wenn Hessens Wirtschaft mit großem Einsatz ausbilde. Für eine Trendwende brauche man deutlich stärkere Bildungsmaßnahmen in Naturwissenschaften und Technik und mehr Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland. cp.



Lese-Empfehlungen auf faz.net/rmz

Was nach Corona zählt
Nach Ende der Pandemie gilt es, zusammenzurücken.

Selbstverständlich digital
30 Arbeiten stehen für das Schaffen an der Hochschule für Gestaltung.

Corona-Update für Hessen
Gehen auch die neuesten Zahlen in die richtige Richtung?

Neue Koalition steht

Nachdem SPD und Grüne für das Bündnis votierten, kann es seine Arbeit aufnehmen. Das tut es mit elf Stadträtern, darunter sechs neue.

FRANKFURT, SEITE 35

Vergewaltiger gefasst

Die Videoüberwachung von zwei Kriminalitätsschwerpunkten in Wiesbaden bewährt sich. Erweitert werden soll sie vorerst aber nicht.

RHEIN-MAIN, SEITE 38

Bald in Frankfurt?

Für das Rheingau Musik Festival wird auf Schloss Johannisberg ein Konzertkubus errichtet, der auch andernorts genutzt werden könnte.

KULTUR, SEITE 44

Wetter

Heute scheint oft die Sonne, und es wird bis zu 34 Grad warm.

Nachts nur wenig unter 20 Grad bei meist klarem Himmel.

Temperaturen gestern	Min.	Max.
Flughafen Frankfurt	12°	30°
Feldberg im Taunus	16°	24°

Flughafen Frankfurt gestern:
24-stg. Niederschlag bis 17h 0 mm

Traumnovelle

Morgengruß nur so auf halbmaß, die lange Nacht war offenbar zu bewegt: „Ich hab geträumt wie mindestens vier Kinos.“ emm.